



Ost-Ausschuss Positionspapier

Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU)

Stand April 2017

Herausgeber:
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
Vorsitzender Dr. Wolfgang Büchele
Geschäftsführer Michael Harms

Redaktion: Andreas Metz, Dr. Maria Davydchyk

Kontakt:
Breite Straße 29
10178 Berlin
Tel: 0049 (0)30 2028-1441
E-Mail: ost-ausschuss@bdi.eu
www.ost-ausschuss.de

Inhalt:

Zusammenfassung	3
A) Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU)	
1.) Ausgangslage: Mehr Gegeneinander, als Miteinander	4
2.) Wirtschaftliche Ursprünge der EAWU, Erwartungen der Mitgliedsländer	6
3.) Faktor China	8
4.) Lage der Länder zwischen EU und EAWU	8
5.) Wirtschaftliches Potenzial einer engeren Zusammenarbeit zwischen EU und EAWU	9
6.) Perspektiven für einen wirtschaftlichen Dialog	10
7.) Perspektiven für einen politischen Dialog	11
B) Anhang	
1.) Ost-Ausschuss-Aktivitäten zur Unterstützung einer Annäherung von EU und EAWU	13
2.) Die wichtigsten Themen für einen Dialog von EU und EAWU aus Unternehmenssicht	15
3.) Statements zum Thema Gemeinsamer Europäischer Wirtschaftsraum	16
4.) Daten zur Eurasischen Wirtschaftsunion	21

Zusammenfassung

Der Welthandel sortiert sich gegenwärtig neu. Nach dem vorläufigen Scheitern der 2001 gestarteten „Doha-Runde“ der Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation WTO, mit der ursprünglich ein weltweiter Abbau von Handelshemmnissen und die Erhöhung des Welthandelsvolumens um 100 Milliarden US-Dollar angestrebt worden war, sind immer mehr Staaten und Staatenbünde zu Verhandlungen über regionale Freihandelsabkommen mit unterschiedlichen Integrationsgraden übergegangen. Diesen Abkommen liegt die Annahme zugrunde, dass gegenseitige Handelserleichterungen zu komparativen Vorteilen für alle Beteiligten und damit zu höheren Exporten und mehr Investitionen und Arbeitsplätzen führen.

Innerhalb Europas gibt es mit dem Binnenmarkt der derzeit noch 28 (nach dem Brexit: 27) EU-Mitglieder sowie mit der Gruppe der EFTA-Länder (Island, Norwegen, Schweiz, Liechtenstein) und mit den CEFTA-Ländern (u.a. Albanien, Mazedonien, Serbien) drei Handelsräume, die bereits eng miteinander kooperieren. Diese sind aber mit dem vierten großen Handelsraum im östlichen Europa und Zentralasien, der von Russland, Kasachstan, Belarus, Armenien und Kirgisistan seit 2015 gebildeten Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU), bislang nur unzureichend verknüpft. Dies wiederum hat Auswirkungen auf Länder, deren Wirtschaftsstruktur traditionell mit den Ländern der EAWU verbunden ist, die aber zu ihrer Modernisierung eine größere Nähe zur Europäischen Union suchen, wie etwa die Ukraine, Georgien oder Moldau.

Die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok mit einer weitgehend deckungsgleichen Anwendung von Zollverfahren, Zertifizierungsregeln, Rechtsgrundsätzen bis hin zu freiem Reise- und Kapitalverkehr wäre aus Sicht der europäischen Unternehmen der Idealzustand. Wie verschiedene Wirtschaftsstudien nachweisen, würde dies zu einem Aufschwung von Handel und Investitionen führen und Europa und Eurasien im globalen Wettbewerb mit Nordamerika und Asien stärken. Gleichzeitig könnte durch eine Verbesserung der Transitbedingungen die EAWU zu einem Bindeglied zwischen der EU und China werden, wie es im chinesischen Konzept der neuen Seidenstraße angedacht ist.

Ein wirtschaftspolitischer Dialog zwischen der EU und der EAWU, der bislang von einer Reihe von EU-Mitgliedsländern aus politischen Gründen abgelehnt wird, könnte zudem dazu beitragen, dass Konflikte in der Region, die durch die vermeintlich miteinander konkurrierenden Integrationskonzepte Östliche Partnerschaft (EU) und Eurasische Wirtschaftsunion entstanden sind, wieder abgebaut werden. Dieser Prozess wäre wirtschaftlich für alle von Vorteil, würde es gerade Ländern wie der Ukraine erleichtern, zu einem Scharnier zwischen beiden Wirtschaftsräumen zu werden und könnte dazu beitragen, neues Vertrauen auch für eine politische Wiederannäherung aufzubauen.

A) Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU)

1.) Ausgangslage: Mehr Gegeneinander, als Miteinander

Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen der EU-Kommission in Brüssel und der Eurasischen Wirtschaftskommission in Moskau sind von Sprachlosigkeit geprägt. Ein offizielles Mandat der 28 EU-Länder für direkte Verhandlungen hat die EU-Kommission nicht. Im Gegenteil, hier besteht bereits seit einigen Jahren eine Grundskepsis der EAWU gegenüber, die durch den Ukraine-Konflikt mit Russland noch verstärkt worden ist. In vielen westlichen Kommentaren wird die Eurasische Wirtschaftsunion, die aus der 2012 gegründeten Zollunion von Russland, Kasachstan und Belarus hervorgegangen ist, als politisches Projekt Wladimir Putins zur Zurückdrängung des Einflusses der EU und als eine Art „Sowjetunion light“ bewertet. Russland wiederum beschuldigt die EU - angetrieben durch die USA und mittel- und osteuropäische NATO-Mitglieder - mit ihrem 2008 gestarteten Projekt der Östlichen Partnerschaft mit sechs Nachbarländern Russlands und daran anknüpfende Assoziierungs- und Freihandelsabkommen ein geopolitisches Projekt zu verfolgen, um Russland wirtschaftlich zu schaden und politisch als auch militärisch zu schwächen. Diese Konfliktlage hat erheblich zur Eskalation in der Ukraine beigetragen.

Seit Juli 2014 sind die Wirtschaftsbeziehungen der EU mit Russland, dem größten Land in der EAWU, von gegenseitigen Wirtschaftssanktionen geprägt. Am 1. Januar 2016 haben sich mit der vorläufigen Anwendung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und der Ukraine die wirtschaftlichen Gräben weiter vertieft. Russland nahm dieses Datum zum Anlass, seine Freihandelszone mit der Ukraine aufzukündigen. Die Begründung von russischer Seite lautet: Waren aus der EU könnten über die Ukraine unkontrolliert auf den russischen Markt gelangen. Zuvor waren trilaterale Verhandlungen zwischen Russland, der Ukraine und der EU über gemeinsame Handelslösungen gescheitert.

Zwar haben die vier anderen Partnerländer Russlands in der EAWU weder die Wirtschaftssanktionen noch die Aufkündigung des Freihandelsabkommens mit der Ukraine (insofern eines existierte) vollzogen, sie sind aber durch ihre wirtschaftliche Verflechtung mit Russland und ihre geographische Lage ebenfalls von der negativen Entwicklung betroffen. Kasachstan ist beispielsweise teilweise gezwungen, Handelsströme Richtung Westen unter Umgehung Russlands über den Südkaukasus zu lenken. Die teilweise durch die Sanktionen mit verursachte Abschwächung der Konjunktur in Russland hat schwere Folgen auch für die Nachbarländer. Ähnlich wie der russische Rubel haben auch der kasachische Tenge und der belarussische Rubel stark abgewertet. Der bilaterale Handel der EU mit beiden Ländern hat seit 2014 ähnlich stark abgenommen, wie der EU-Handel mit Russland.

Die EU hat im Herbst 2015 ein neues Partnerschaftsabkommen mit Kasachstan unterzeichnet und bemüht sich, ihre Zentralasien-Strategie wiederzubeleben. Der Dialog in Wirtschaftsfragen bleibt jedoch stark beeinträchtigt, solange keine direkten Gespräche zwischen EU-Kommission und Eurasischer Wirtschaftskommission in Gang kommen, denn diese ist in zunehmendem Maße für Außenhandelsfragen der Mitgliedsländer zuständig.

Die eurasische Integration ist zurzeit zwar durch viele Widersprüche und gelegentliche Rückschritte gekennzeichnet und deren wirtschaftliche Erfolge fallen bislang bescheiden aus. Dennoch darf die EU die Tatsache nicht verkennen, dass sich die EAWU im Gegensatz zu einer langen Reihe früherer Integrationsvorhaben im postsowjetischen Raum inzwischen fest etabliert hat. Deren supranationale Organe nehmen eine immer wichtigere Rolle bei den wirtschaftspolitischen Entscheidungen ein.

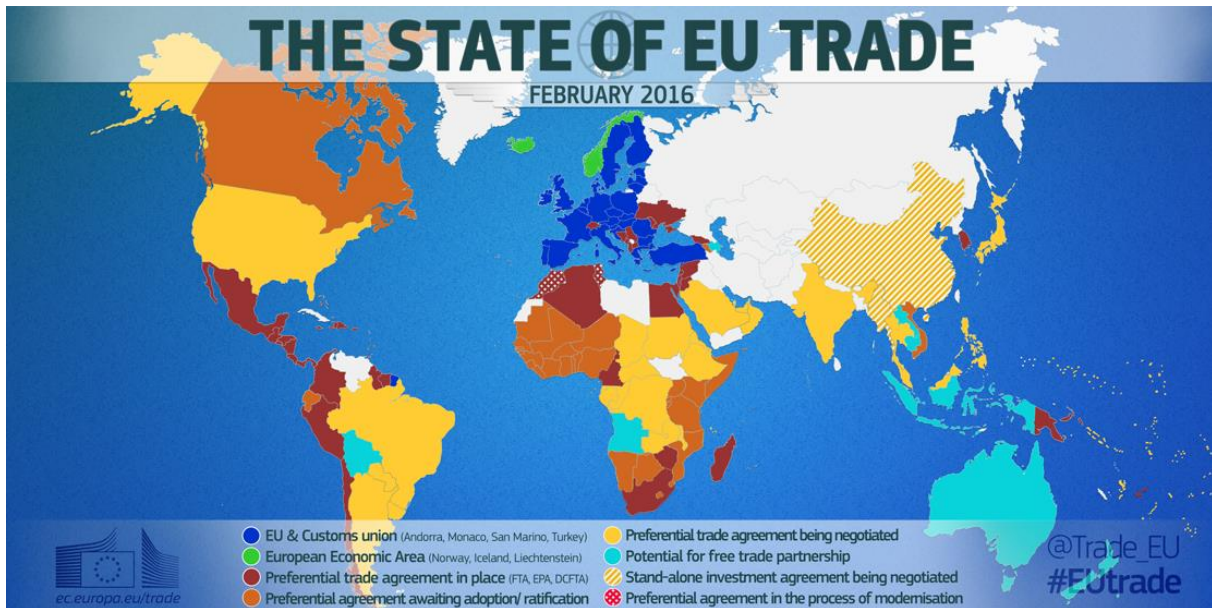
Die Eurasische Wirtschaftskommission wie auch andere Institutionen der EAWU orientieren sich in ihrem Vorgehen am Muster des EU-Binnenmarkts und der WTO-Regelungen. Die Behörde in Moskau ist mittlerweile auf 2000 Mitarbeiter aus allen fünf beteiligten Ländern angewachsen und hat die Zuständigkeit für über 140 bislang national geregelte Gesetze übernommen. Positionen werden paritätisch von allen fünf Ländern besetzt. Ein Land wie Russland kann Entscheidungen nicht mehr im Alleingang durchsetzen, wie sich dies auch bereits in der Sanktionsfrage gezeigt hat.

Von Seiten der Generaldirektion Handel (DG Trade), die für EU-Handelsfragen zuständig ist, heißt es, dass gegenseitige Gespräche auf die Arbeitsebene beschränkt werden und es nur in einigen technischen Fragen, wie etwa bei Auseinandersetzungen über die Missachtung von WTO-Verpflichtungen durch Russland, Abstimmungsrunden unter Beteiligung der EAWU gibt, da diese mittlerweile Handelskompetenzen aus den nationalen Ministerien übernommen hat.

Etwas aufgeschlossener verhält sich der Europäische Auswärtige Dienst. So hat der bis zum Frühjahr 2016 amtierende Direktor für Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien der Generaldirektion für Außenbeziehungen der EU-Kommission, Gunnar Wiegand, der maßgeblich die EU-Assoziierungsabkommen mit Kasachstan, der Ukraine und Georgien mitverhandelte, direkte Kontakte mit der Eurasischen Wirtschaftskommission öffentlich bestätigt. Wiegand sprach sich in dem im Sommer 2015 gemeinsam mit Evelina Schulz veröffentlichten Artikel „The EU and its Eastern Partnership: Political Association and Economic Integration in a Rough Neighbourhood“ auch eindeutig für Gespräche über einen gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum aus. *„The more progress that can be achieved towards a Common Economic Area with Russia or even the Customs Union, the less tension should exist in the relationship with Russia, by complementing each other’s strengths and weaknesses and building on mutual interdependence“.*

Bedingung dafür sei aber, dass alle Länder der Eurasischen Wirtschaftsunion Mitglieder der WTO seien. Nach der WTO-Aufnahme Kasachstans Ende 2015 ist dieser Schritt allein noch von Belarus zu gehen, das seine Anstrengungen dazu in letzter Zeit enorm verstärkt hat. Dazu ist anzumerken, dass im Zuge des WTO-Beitritts Russlands 2012 Belarus als Mitglied der Zollunion bereits das Reglement der WTO akzeptieren musste. Die noch ausstehende WTO-Mitgliedschaft von Belarus ist daher kein wirklich stichhaltiges Argument gegen den Beginn eines Verhandlungsprozesses der EU mit der EAWU. Eher sind derzeit die politischen Bedenken einiger EU-Mitgliedsländer gegen Kontakte mit Russland ursächlich für die insgesamt fehlende Dialogbereitschaft. Ausgerechnet mit einer Region, die vor der Haustür der EU liegt, die für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft nicht zuletzt aufgrund des Rohstoffreichtums ein entscheidender Faktor ist und nicht nur für die deutsche Wirtschaft ein großer Chancenraum wäre, liegt damit die Weiterentwicklung der Handelsbeziehungen praktisch auf Eis.

Ähnliche Vorbehalte gegenüber Kontakten hat die EU in anderen Weltregionen nicht: Im April 2016 veröffentlichte die EU-Kommission eine Weltkarte, auf der Länder und Regionen eingezeichnet sind, mit denen es EU-Freihandelsabkommen gibt, mit denen derartiges in Vorbereitung ist oder mit denen die EU in nächster Zeit zumindest Verhandlungen aufnehmen möchte. Zwei große weiße Flecken fallen auf dieser Karte auf: Grönland – und der gesamte Eurasische Raum von der Ostgrenze Polens bis hin nach Wladiwostok.



Quelle: DG Trade http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/june/tradoc_149622.png

2.) Wirtschaftliche Ursprünge der EAWU, Erwartungen der Mitgliedsländer

Während innerhalb der EU insbesondere Vertreter aus Polen und Litauen davor warnen, Russland durch direkte Gespräche mit der Eurasischen Wirtschaftsunion aufzuwerten und damit ein „russisches Integrationsprojekt“ zu unterstützen, fordern ausgerechnet die kleineren Partnerländer innerhalb der EAWU inzwischen vehement einen solchen Dialog. Belarus, Armenien, Kirgisistan und Kasachstan haben sich aufgrund mangelnder realer Alternativen der Wirtschaftsintegration hinsichtlich ihrer Wirtschaftsstrukturen und Handelsströme und der nationalen Interessen in Sachen Außenpolitik und Sicherheit für das Projekt der EAWU entschieden. Sie sehen in der EAWU eine Chance, ihre nationalen Interessen durchzusetzen – auch gegenüber dem mächtigen Partner Russland.

In Brüssel sollte das Verständnis dafür wachsen, dass die an der EAWU beteiligten fünf Länder inzwischen ihre nationalen Kompetenzen in Handelsfragen an die gemeinsame EAWU-Kommission in Moskau delegiert haben, sagt beispielsweise der Erste Vize-Minister für Investitionen und Entwicklung Albert Rau aus Kasachstan. Die Länder seien damit im Übrigen dem Vorbild des EU-Binnenmarkts gefolgt. „Selbständig können wir hier nichts mehr entscheiden. Deshalb muss ein Dialog zwischen EU und EAWU stattfinden.“ Rau stellt klar, dass es bei der EAWU nicht um eine „Reintegration der UDSSR“, sondern um handfeste wirtschaftliche Vorteile für die beteiligten Länder gehe. Russischen Überlegungen eines Ausbaus der Wirtschaftsunion zu einer politischen Union mit einem gemeinsamen Parlament und einer gemeinsamen Währung erteilt Kasachstan dagegen eine klare Absage.

Wer verstehen will, warum gerade die kleineren Länder der Region auf eine wirtschaftliche Integration mit Russland gesetzt haben, muss sich die spezifische Lage der einzelnen Volkswirtschaften genauer ansehen:

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und einem beispiellosen wirtschaftlichen Niedergang war eine wirtschaftliche Re-Integration für viele Länder im postsowjetischen Raum ein Versuch, die traditionellen Wertschöpfungsketten und Handelsbeziehungen zu reaktivieren und die Konkurrenzfähigkeit ihrer Unternehmen zu erhöhen. Im Jahr 2011 vereinbarten deshalb Russland, Belarus, Kasachstan, die Ukraine, Moldau, Armenien, Kirgisistan und Tadschikistan die Bildung einer

Freihandelszone. Fünf der beteiligten Länder gehören mittlerweile der zum 1. Januar 2015 entstandenen Eurasischen Wirtschaftsunion an.

Als Vordenker der EAWU gilt der kasachische Staatspräsident Nursultan Nasarbajew, der bereits 1994 für dieses Projekt warb. Für Kasachstan, das unterstreicht auch der Erste Vize-Minister für Investitionen und Wirtschaftsentwicklung Albert Rau, besteht eine Hauptmotivation der Mitgliedschaft in der EAWU im Abbau von Handelshindernissen auf dem Weg nach Europa. Für Kasachstan ist die EU mit einem Anteil von rund 50 Prozent am Gesamthandel der wichtigste Wirtschaftspartner, die EAWU insgesamt kommt nur auf rund 20 Prozent. Durch den Abbau von Grenzkontrollen zu Russland und Belarus vereinfache sich für Kasachstan der Transit in die EU, so Rau. Hauptexportgut Kasachstans ist Öl, ein sicherer Transit durch Russland ist für das Land, das keinen Meerzugang besitzt, lebensnotwendig.

Kasachstan ist eines der wichtigsten Öllieferländer Deutschlands und der EU. Angesichts fallender Rohstoffpreise und einer durch die Konjunkturabkühlung in Russland als auch China schwierigen Gesamtlage – und der dadurch forcierten starken Abwertung des kasachischen Tenge – ist der bilaterale Handel jedoch von sechs Milliarden Euro 2014 auf nur noch vier Milliarden Euro 2015 zurückgegangen.

Als Alternative zum Rohstoffexport setzt Kasachstan jetzt vor allem auf seine Transitlage zwischen China und der EU. Um die Möglichkeiten, die sich daraus für Transport und Logistik ergeben, nutzen zu können, setzt sich das Land nachdrücklich für eine engere Zusammenarbeit zwischen EU und Eurasischer Union ein.

Russland, der größte Partner in der EAWU, ist mit seinem Handel ebenfalls eindeutig auf die EU konzentriert, in die rund 50 Prozent der Exporte gehen. Weniger als zehn Prozent des Handels wird dagegen mit den Partnerländern in der EAWU abgewickelt. Etwas anders sehen die Wirtschaftsverflechtungen für Belarus aus, das wegen der Menschenrechtslage noch bis Frühjahr 2016 von der EU sanktioniert worden ist. Wichtigster Handelspartner von Belarus ist Russland mit einem Anteil von über 40 Prozent an den belarussischen Exporten und mehr als 50 Prozent an den Importen des Landes. Aber auch hier hat die EU mit mehr als 30 Prozent der Exporte und einem Fünftel der Importe bedeutende Handelsanteile.

Für Armenien und Kirgisistan ist Russland jeweils der wichtigste Investor und Handelspartner. Fast noch bedeutender sind die Überweisungen der Diaspora in Russland. Im Falle Armeniens machen diese Überweisungen etwa 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, im Falle Kirgisistans sind es sogar 30 Prozent.

Die Hauptgründe für das Integrationsprojekt Eurasische Wirtschaftsunion liegen in der Wiederherstellung traditioneller Handels- und Produktionsketten sowie in den Vorteilen des freien Arbeits- und Kapitalmarktes. Eine Absage an enge Handelsbeziehungen mit der EU wurde mit der Gründung der EAWU allerdings von keinem beteiligten Land erteilt. Im Gegenteil: Das Beispiel Kasachstans zeigt, dass die EAWU erst wirklich attraktiv wird, wenn sie durch die Größe des Binnenmarktes westliche Investoren und Produktionsbetriebe anlockt. Diese haben durch die EAWU den Vorteil, von einem der Mitgliedsländer aus einem Binnenmarkt von über 170 Millionen Einwohnern beliefern zu können.

Sowohl Kasachstan, Armenien, als auch Belarus haben in jüngster Zeit ihre Beziehungen zur EU weiter intensiviert. Trotz der EAWU-Mitgliedschaft unterzeichnete Kasachstan das neue Kooperations- und Partnerschaftsabkommen 2015 und Armenien verhandelt mit der EU ein neues Assoziierungsabkommen.

3.) Faktor China

Ein weiterer wichtiger Akteur in der Region ist China. Viele Experten sehen die Eurasische Wirtschaftsunion deshalb auch als ein Instrument, um sich gemeinsam und damit eher auf Augenhöhe dem Wettbewerb mit China stellen zu können. Auf Initiative Russlands hat die EAWU eine Zusammenarbeit und die Verknüpfung mit dem chinesischen Seidenstraßenprojekt „One Belt, One Road“ angekündigt.

Ein Ausbau der Transitinfrastruktur und eine Harmonisierung dieser Wirtschaftsprojekte liegen insbesondere im Interesse Kasachstans und Kirgisistans, welche Anrainerstaaten Chinas sind. Auch hier geht es um die Liberalisierung der Handelsbeziehungen, die gemeinsame Entwicklung von Verkehrskorridoren, die Diversifizierung der Energierouten und die Ausweitung der Investitionen. Kasachstan arbeitet hart daran, ein Transithub und ein Finanzzentrum in Zentralasien zu werden.

Für China ist die EAWU wiederum der schnellste Weg nach Europa. Während der Schiffftransport nach Europa etwa 40 Tage dauert, können Eisenbahnen die Strecke zwischen China und der EU in zehn Tagen schaffen, vorausgesetzt, die Transitverkehre lassen sich ohne lange Wartezeiten an Grenzen organisieren.

Durch Kooperationen lassen sich zusätzliche Wachstumspotenziale heben. Lebendige Handelsbeziehungen mit allen großen Volkswirtschaften der Region – China, Russland und EU – sind essentiell für die wirtschaftliche Entwicklung der kleineren Anrainerstaaten. Für sie kann es nicht um ein „Entweder-Oder“, sondern um ein „Sowohl-als-auch“ gehen.

4.) Lage der Länder zwischen EU und EAWU

Wie folgenreich dagegen eine Integrationskonkurrenz zwischen EU und Eurasischer Wirtschaftsunion ist, zeigt die Entwicklung der Ukraine: Bis zum Beginn des Ukraine-Konfliktes 2014 gingen 36 Prozent der ukrainischen Exporte in die über ein Freihandelsabkommen verbundenen GUS-Staaten und 26 Prozent der Exporte in die EU-Staaten. 37 Prozent ihrer Importe bezog die Ukraine aus der GUS, 35 Prozent aus der EU. Noch im September 2013 plädierten in Umfragen fast genauso viele Ukrainer für eine Integration in die entstehende Eurasische Wirtschaftsunion wie für eine Assoziierung mit der EU.

Legt man den wirtschaftlichen Maßstab zu Grunde, widersprechen Entscheidungen für oder gegen den einen oder den anderen Integrationsraum den Interessen der Länder der Östlichen Partnerschaft (ARM, AZE, BEL, GEO, MOL, UKR). Und es wird immer deutlicher, dass eine einseitige Integration auch den Interessen Brüssels und Moskaus widerspricht, die Milliarden-Beträge für die wirtschaftliche Stabilisierung der mit ihnen verbündeten Länder aufwenden müssen.

Gerade auch in Russland selbst, das ebenfalls eine tiefe wirtschaftliche Krise durchmachen muss, wächst derzeit trotz der Sanktionen wieder das Verständnis, dass zur eigenen Modernisierung eine enge Partnerschaft mit der EU alternativlos ist. Die EAWU kann dabei nur dann ein Erfolg für alle Mitglieder werden, wenn es ihr gelingt, ihre wirtschaftliche Kraft mit der EU zu verbinden und einen reibungslosen Handel mit den Nachbarn herzustellen.

Der Idealzustand – auch aus Perspektive der deutschen Wirtschaft – wäre auch für die mit der EU assoziierten Länder Ukraine, Moldau und Georgien eine wirtschaftliche Kooperation und Integration in beide Handelsräume.

Deutsche Unternehmensvertreter betonen in Gesprächen oft die Vorteile, die sich für sie aus der Entstehung eines einheitlichen Eurasischen Binnenmarkts mit über 170 Millionen Verbraucher ergeben. Die Länder zwischen der EU und der EAWU können zu Scharnieren eines gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraums werden. Die EU tut daher gut daran, mit der EAWU einen intensiven Dialog über den gegenseitigen Abbau von Handelshürden und die wechselseitige Einbindung der dazwischenliegenden Länder in die jeweiligen Handelsstrukturen zu beginnen.

5.) Wirtschaftliches Potenzial einer engeren Zusammenarbeit zwischen EU und EAWU

Auf der Suche nach einem Ausweg aus der Krise zwischen Russland und der EU wurden in jüngster Zeit zwei fundierte Studien zu den wirtschaftlichen Chancen einer Integration der Wirtschaftsräume von EU und EAWU veröffentlicht. In einem „Focus Paper“¹ zu den Auswirkungen einer Freihandelszone zwischen der EU und der Eurasischen Region stellt die Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit Professor Gabriel Felbermayr vom Münchener Ifo-Institut vor, wie eine solche Kooperation als Wegbereiter für Frieden und Wohlstand aussehen könnte:

Ausgehend von der These, dass die Inkompatibilität der eurasischen und der europäischen Integration zu den Spannungen in der Region Osteuropa geführt habe, argumentieren die Autoren, dass das Einrichten einer gemeinsamen Freihandelszone zur Überwindung dieser Spaltung beitragen könnte. Die Experten beschreiben das Konzept einer Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok als ein Mittel zur Deeskalation des Konflikts in Osteuropa und als eine Maßnahme, um mehr gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Sie berechnen dabei die makroökonomischen Auswirkungen und die wirtschaftlichen Vorteile einer Freihandelszone, die sich potenziell auch auf weitere GUS-Staaten ausdehnen könnte. Russland könnte beispielsweise bis zu 30 Prozent mehr in die EU exportieren, bei einem gleichzeitigen Anwachsen der EU-Exporte in die EAWU um circa 60 Prozent. Besonders die Slowakei, Finnland und Polen würden von einer EU-EAWU-Freihandelszone profitieren; aber auch der Export Deutschlands in die Region würde um etwa 59 Prozent zunehmen. Die Autoren gehen von einer Erhöhung des Realeinkommens in den Volkswirtschaften der EAWU zwischen 3,1 Prozent in Russland und knapp 5 Prozent in Belarus aus. Innerhalb der EU sei mit einem Wachstum zwischen 1,2 und 1,8 Prozent zu rechnen, wobei dies insbesondere den östlichen Mitgliedstaaten, allen voran dem Baltikum, zugutekommen würde.

In der EAWU würde vor allem der Energie- und Rohstoffsektor profitieren, in der EU die Landwirtschaft und der Automobilsektor.

Zu den kurzfristigen Verlierern einer Freihandelszone könnten in der EAWU dagegen Sektoren wie die Papier-, Milch-, Gemüse- und Obstproduktion, aber auch die Automobilherstellung gehören, die einem erhöhten Wettbewerbsdruck ausgeliefert wären. Aus diesem Grund schlagen die Autoren eine schrittweise Abschaffung von Zoll- und nichttarifären Barrieren sowie Unterstützungsprogramme für die Umschulung von Arbeitnehmern vor. Alles in allem gehen die Autoren jedoch von positiven Nettoeffekten für alle beteiligten Länder aus.

¹ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) Focus Paper: Eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok. Ein Mittel für Frieden und Wohlstand: Die Effekte einer Freihandelszone zwischen der EU und Eurasischen Region, 2016. Online abrufbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/focus-paper-eine-freihandelszone-von-lissabon-bis-wladiwostok/>

Ebenso stellen die Autoren das Integrationsdilemma dar: „Der wirtschaftliche Nutzen einer EAWU-Mitgliedschaft ist für die meisten Länder deutlich geringer als die Vorteile einer Teilnahme an einer Freihandelszone mit der EU“, so die Studie. Dennoch bleibe der russische Markt für viele Wirtschaftssektoren in den Nachbarländern maßgeblich.

Die möglichen Effekte einer vertieften Zusammenarbeit zwischen EU und EAWU standen ebenfalls im Zentrum eines dreijährigen Projektes des International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA)² im österreichischen Laxenburg. Als „Mega-Deal“ bezeichnet IIASA eine Reihe von möglichen Vereinbarungen zwischen EU und EAWU basierend auf ihren Wirtschaftsstrukturen und Handelsströmen.

IIASA geht in diesem Workshop weit über ein reines Freihandelsabkommen zwischen der EU und der EAWU hinaus und sieht mittelfristig sogar Chancen für einen „Mega-Deal“, der eine Abstimmung von Handelsregeln und nichttarifären Handelshemmnissen, eine Energie-Union, die Vereinheitlichung der grenzüberschreitenden Infrastruktur sowie Visa-freien Reiseverkehr bis hin zu Arbeitnehmerfreizügigkeit umfassen könnte.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Zukunft des Handels und der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU, der EAWU und der Ukraine, Moldau und Georgien, also der drei Staaten, die bereits vertiefte Freihandelsabkommen (DCFTA) mit der EU abgeschlossen haben. Die Weiterentwicklung der EU-EAWU-Beziehungen könnte zur Entwicklung einer fairen Handelspolitik zwischen den drei DCFTA Staaten und der EAWU beitragen, so die Hoffnung der Experten.

6.) Perspektiven für einen wirtschaftlichen Dialog

Wie oben geschildert, stehen die politischen Spannungen und die Sanktionen zwischen Russland und der EU aber auch die noch fehlende WTO-Mitgliedschaft von Belarus derzeit direkten Gesprächen zwischen der EU-Kommission in Brüssel und der Eurasischen Kommission in Moskau im Weg. Um dennoch keine Zeit zu verlieren, sollte die Wirtschaft vorangehen und in bilateralen und multilateralen Konferenzen über Wege zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum sprechen und dafür einen Themenkatalog erarbeiten. Immerhin gibt es Referenzabkommen, wie das EU-Freihandelsabkommen mit Südkorea, das Abkommen CETA mit Kanada und das Freihandelsabkommen der EAWU mit Vietnam, die Orientierung bieten.

Ein umfassendes Freihandelsabkommen einschließlich Arbeitnehmerfreizügigkeit sollte dabei nicht am Beginn, sondern muss am Ende dieses Prozesses stehen. Aktuell gibt es innerhalb der EAWU aufgrund von Modernisierungsdefiziten noch zu große Bedenken bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Firmen. Umgekehrt wachsen derzeit innerhalb der EU die Ängste vor einer steigenden Migration. Anstelle der Erwartung, dass die Länder der EAWU nur einseitig EU-Regeln übernehmen, sollte es vielmehr um einen offenen Dialog über die jeweils besten Lösungen gehen.

Denn auch in den Ländern der EAWU gibt es teilweise Verwaltungsverfahren, die den Prozessen innerhalb der EU überlegen sind. Ein Beispiel ist die relativ schnelle Einführung des elektronischen Dokumentenaustausches zwischen Staat und Bevölkerung: Generell bietet die anstehende digitale Revolution und Industrie 4.0 eine Chance, im engen Austausch gemeinsam neue Standards und Verfahren zu entwickeln. So hat der damalige EU-Kommissar für Digitale Gesellschaft und Wirtschaft Günther Oettinger im Juni 2016 auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg Russland

² Mehr Informationen zum Projekt sowie zu den jeweiligen Berichten unter: <http://pure.iiasa.ac.at/13982/>

bereits die gemeinsame Entwicklung der 5G-Mobilfunktechnik angeboten, um zu verhindern, dass Europa zwischen den USA und China aufgerieben werde.

Zu Beginn eines Wirtschaftsdialoges muss geklärt werden, welche Kompetenzen die Eurasische Wirtschaftskommission von den nationalen Regierungen übernommen hat und welche Kompetenzen in der Verantwortung von nationalen Fachministerien verbleiben. Es ist wichtig zu verstehen, welche Kompetenzen auf welcher Ebene verankert sind und wie die Entscheidungsprozesse laufen.

Davon ausgehend könnte ein Dialog unter Unternehmensvertretern aus Deutschland, Kasachstan und weiteren Ländern beginnen, der die Ansprüche der Wirtschaft für eine Vereinheitlichung von Normen und Standards, Erleichterungen bei der Grenzabfertigung, Abbau von Zolltarifen bis hin zu gemeinsamen Infrastrukturprojekten und Visa-Freiheit katalogisiert.

Ein Abkommen zwischen der EU und der EAWU müsste zu einer Vereinheitlichung von technischen Standards und Normen führen, es sollte den grenzüberschreitenden Handel steuerlich vereinfachen, Beschränkungen bei Zahlungen und Krediten in Verbindung mit dem Handel reduzieren, geistige Eigentümerrechte stärken, zur gegenseitigen Anerkennung von Dokumenten und Prüfverfahren führen, bessere Regeln für staatliche Beihilfen setzen sowie Gerichtsverfahren harmonisieren. Weitere Themen könnten Konsumentenschutz, Bildung und Arbeitsmigration sowie Sozialstandards und Umweltnormen sein. In einem ersten Schritt geht es aber insbesondere darum, Bürokratiekosten für Unternehmen ab- und Investitionsanreize aufzubauen. Mögliche Einsparungen für exportierende Unternehmen durch den Abbau von Zöllen erreichen leicht Milliardenbeträge, zudem sind durch gegenseitige Investitionen zusätzliche Wachstumsimpulse in zweistelliger Milliardenhöhe zu erwarten.

Zum Vergleich: Das 2011 von der EU und Südkorea abgeschlossene Freihandelsabkommen hat bis 2015 zu einer Steigerung der Exporte der EU nach Südkorea um 55 Prozent von 30 auf 47 Milliarden Euro geführt. Auch die koreanischen Exporte in die EU kletterten auf 40 Milliarden Euro. Nach Angaben der EU-Kommission konnten EU-Unternehmen zudem bereits 2,8 Milliarden Euro Zollgebühren sparen.

Von einem generellen Bürokratieabbau und der Erleichterung des Güter-, Kapital-, Personen- und Dienstleistungsverkehrs gehen insbesondere wichtige Impulse für die Ansiedlung von Industriebetrieben aus: Der Anreiz, sich mit einer Produktion niederzulassen, würde wachsen, da ein reibungsloser Zugang zu Komponenten für eine Fertigung gewährleistet wäre. EU-Firmen könnten sicherer investieren, der Wettbewerb würde freier und gerechter, der Handel mit Dienstleistungen und Direktinvestitionen nach Russland würde sicherer und deshalb zunehmen. Regeln für öffentliche Ausschreibungen für Bauprojekte und Dienstleistungen würden transparenter. Die Zertifikatspflicht würde sich reduzieren. Die Lebensmittel- und Gesundheitsstandards zur Vereinheitlichung des Handels mit Agrarprodukten könnten abgestimmt werden. Mehr Rechtssicherheit und weniger bürokratische Willkür kämen gerade mittelständischen Unternehmen, die das Rückgrat moderner Volkswirtschaften sind, zugute.

7.) Perspektiven für einen politischen Dialog

Bereits seit dem Jahr 2013 richtet der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft mit dem jährlichen east forum Berlin eine Konferenz aus, die sich mit der Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok beschäftigt. Der Ost-Ausschuss wirbt damit für einen Dialog zwischen den beiden Kommissionen in Brüssel und Moskau über gegenseitige Handelserleichterungen und gemeinsame Standards als erste Schritte. Im April 2016 fand das east forum Berlin, das wir gemeinsam mit der UniCredit und der Metro GROUP organisierten, bereits zum vierten Mal statt. Auch diesmal plädierten die anwesenden Regierungs- und Unternehmensvertreter aus Ländern wie Russland,

Armenien oder Moldau wieder für einen solchen Dialog. Auch Vertreter der Ukraine zeigten sich prinzipiell offen für derartige Gespräche, machten aber die friedliche Lösung des Konflikts mit Russland zur Vorbedingung. In einer Umfrage unter 180 Teilnehmern des east forums sprachen sich über 80 Prozent für direkte Gespräche über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum aus. „Wenn sich in Europa mit der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion zwei konkurrierende Wirtschaftsblöcke herausbilden, führt das insbesondere in den Staaten dazwischen zu Zerreißprozessen. Diesen Zustand müssen wir überwinden“, kommentierte der Ost-Ausschuss-Vorsitzender Wolfgang Büchele dieses Ergebnis.

Immerhin ist die Idee eines Freihandelsraums unter Einschluss Russlands und der EU nicht neu. Bereits 2003 hatte eine gemeinsame russisch-europäische Kommission einen Fahrplan dazu vorgelegt, der später in das Konzept der vier gemeinsamen Räume Eingang fand, dann aber nicht weiterverfolgt wurde. Im Frühjahr 2015 hat auf dem Höhepunkt der Ukraine-Krise die Vision eines „gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raumes“ Eingang in die Vereinbarungen von Minsk gefunden. Gerade Bundeskanzlerin Angela Merkel hebt in ihren Reden diese Perspektive immer wieder hervor. Ähnliche Stellungnahmen gibt es von dem ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, dem ehemaligen Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier sowie auf der EU-Ebene vor allem aus Österreich, Italien und Frankreich. Die EFTA-Länder, zu denen die Schweiz und Norwegen gehören, verhandeln bereits seit einigen Jahren ein Freihandelsabkommen mit der Eurasischen Wirtschaftsunion. Auch China führt Gespräche und sieht die EAWU im Rahmen des neuen Seidenstraßenprojekts als wichtigen Transitraum auf dem Weg nach Europa. Was fehlt ist ein klares Mandat der EU-Mitgliedsländer für die EU-Kommission, einen ähnlichen Dialog zu beginnen. Es geht um einen realistischen Ansatz und einen langen Atem.

Die Dringlichkeit des Dialogs wird auch durch die Tatsache unterstrichen, dass inzwischen mit Belarus und Armenien zwei Länder Mitglied der EAWU sind, die gleichzeitig am EU-Programm der Östlichen Partnerschaft partizipieren. Armenien bemüht sich derzeit gleichzeitig um ein neues Rahmenabkommen mit der EU. Dieses könnte als Blaupause für die Zukunft dienen: Welche Hindernisse gibt es und welche Bedingungen müssen erfüllt sein, dass Länder wie Armenien, Belarus oder die Ukraine bestmögliche Wirtschaftsbeziehungen mit beiden wirtschaftlichen Integrationsräumen aufbauen können? Diese Kernfragen gilt es möglichst bald zwischen EU und EAWU zu klären.

Der Beginn einer Kommunikation auf supranationaler Ebene heißt nicht, dass die EU individuelle Beziehungen zu allen EAWU-Ländern abbaut, schließlich bleibt die Kompetenz der EAWU im Gegensatz zur EU-Kommission auf Handelsfragen beschränkt. Generell kann im Laufe eines Dialog-Prozesses weiter beobachtet und analysiert werden, ob die EAWU wie vorgesehen einen zuverlässigen Mechanismus der „checks and balances“ in der supranationalen Struktur entwickelt oder doch zu einer einseitig durch Russland dominierten Struktur wird, wie einige EU-Länder befürchten.

Immerhin bot EU-Kommissionspräsident Juncker im Herbst 2015 in einem Brief an Präsident Putin Gespräche über einen gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum an und beauftragte seine Mitarbeiter gleichzeitig mit der Ausarbeitung eines Arbeitspapiers, das mögliche Ansätze für einen Dialog zwischen EU und Eurasischer Kommission auflisten sollte. Ein zweiter Brief Junckers an den neuen Vorsitzenden der Eurasischen Wirtschaftsunion Tigran Sargsyan im März 2016 unterstrich dieses Angebot. Mitte Juni 2016 nahm Juncker dann überraschend auch am St. Petersburg International Forum teil, der größten russischen Wirtschaftskonferenz. Dort nahm er zusammen mit Tigran Sargsyan an der Eröffnungsveranstaltung teil. In dieser Veranstaltung betonte Sargsyan das Interesse seiner Organisation an Kontakten mit der EU: „Wir wären froh, auf jeder Ebene Kontakte herzustellen.“ Diese vorsichtigen Dialogansätze brachen unmittelbar nach dieser Begegnung jedoch ab. Offenbar war der Druck auf Juncker aus einzelnen EU-Ländern zu stark. Das von Juncker in Auftrag gegebene und von der Generaldirektion Handel (DG Trade) in Brüssel tatsächlich erstellte Gutachten zur möglichen Zusammenarbeit von EU und Eurasischer Wirtschaftskommission wurde bis heute nicht

veröffentlicht. Immer wieder heißt es, dass Gespräche mit der EAWU von EU-Mitgliedsländer an Fortschritte im Minsk-Prozess gekoppelt werden, obwohl Russland nur eines von fünf EAWU-Mitgliedsländern ist.

Während ein Dialog auf Ebene EAWU-EU also weiterhin schwierig erscheint, hat die OSZE unter deutscher Ratspräsidentschaft eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit in einem gemeinsamen europäisch-eurasischen Wirtschaftsraum zu einem Schwerpunkt Ihrer Arbeit gemacht. Auftakt dazu war im Mai 2016 eine große Konferenz zum Thema „Connectivity“ in Berlin. Auch China wurde dabei einbezogen. Am 9. Dezember 2016 legte der OSZE-Ministerrat in Hamburg einen Beschluss zur Stärkung von guter Unternehmensführung und Förderung der Konnektivität vor, der von allen Mitgliedsstaaten der OSZE mitgetragen wird und sich für Verkehrs- und Handelserleichterungen zur Förderung der Konnektivität im OSZE-Raum ausspricht³. Unter österreichischem Vorsitz wird die Connectivity-Agenda auch 2017 fortgesetzt werden.

³ <http://www.osce.org/de/cio/290671?download=true>, letzter Abruf 27.1.2017

B) Anhang

1. Ost-Ausschuss-Aktivitäten zur Unterstützung einer Annäherung von EU und EAWU

- **Fortlaufend:** Engagement innerhalb einer Arbeitsgruppe „Lissabon-Wladiwostok“ zusammen mit dem Deutsch-Russischen-Forum, der AHK Moskau und dem Osteuropaveroin.
- **Anfang 2017:** Umfrage des Ost-Ausschusses in Zusammenarbeit unter deutschen Unternehmen bezüglich einer Annäherung von EU und Russland/EAWU.
- **April 2017:** Zusammenfassung der Ergebnisse des Diskussionsprozesses zusammen mit weiteren Partnern durch eine englischsprachige Sonderpublikation des OWC-Verlages.
- **6. April 2017:** 5. east forum Berlin zum gemeinsamen Wirtschaftsraum u.a. Teilnahme des Vorsitzenden der Eurasischen Wirtschaftskommission Tigran Sagsyan. Vorstellung eines Berlin Memorandums mit Vorschlägen zu einem Dialog zwischen EU und EAWU.
- **Ende Mai 2017:** Veranstaltung zum Gemeinsamen Wirtschaftsraum und Sitzung der Arbeitsgruppe „Lissabon-Wladiwostok“ im Rahmen des St. Petersburg International Economic Forum.

2. Die wichtigsten Themen für einen Dialog von EU und EAWU aus Unternehmenssicht

- 1) Detaillierte Informationen über die Institutionen der EAWU – welche Kompetenzen liegen bei welchen Institutionen?
- 2) Harmonisierte Gerichtsverfahren in einem gemeinsamen Rechtsraum
- 3) Abbau von Zollgebühren – einheitlicher Waren- und Dienstleistungsverkehr; Regulierung des grenzüberschreitenden elektronischen Handels;
- 4) Steuerliche Regulierung des grenzüberschreitenden Handels- und Dienstleistungsexports
- 5) Nichttarifäre Barrieren – Laut der Eurasischen Entwicklungsbank bilden die nicht tarifären Barrieren die größten Hindernisse für den grenzüberschreitenden Handel. Darunter fallen Zertifikate, Lizenzen, etc. Innerhalb der EAWU entfallen auf die nicht tarifären Barrieren bis zu 15-30 Prozent der Exportkosten.
Das Thema der nicht tarifären Barrieren sollte sektorenspezifisch behandelt werden:
Transport, Energie, Infrastruktur, Produktion, Lebensmittelproduktion und Agrarwirtschaft etc.;
- 6) Konvergenz der technischen Regulierung (Normen und technische Vorschriften);
- 7) Gegenseitige Anerkennung von Dokumenten ohne aufwändige Apostilierung
- 8) Energiekooperation: Drittes Energiepaket der EU / Energietransit;
Gemeinsamer Strommarkt;
- 9) Liberalisierung des Kapitalverkehrs;
- 10) Stärkung der Investitionssicherheit
- 11) Zugang zu öffentlichen Aufträgen, Wettbewerbsregelungen, Streitbeilegungsverfahren;
- 12) Regelungen bezüglich des geistigen Eigentums.
- 13) Vereinfachung von Visaangelegenheiten
- 14) Stärkung der kommunalen, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

3. Statements zum Thema Gemeinsamer Europäischer Wirtschaftsraum

1989

Gorbatschow, Michail (Generalsekretär der KPdSU):

„Was die wirtschaftlichen Möglichkeiten des gemeinsamen Europäischen Hauses betrifft, so halten wir einen großen Wirtschaftsraum vom Atlantik bis zum Ural für einen realistischen und notwendigen Ansatz – wenn auch nicht in unmittelbarer Reichweite. Östliche und westliche Regionen wären dabei eng miteinander verknüpft.“ (06.07.1989)

1997

Aus dem Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland:

Artikel 1

Ziel dieser Partnerschaft ist es, die notwendigen Voraussetzungen für die künftige Errichtung einer Freihandelszone zwischen der Gemeinschaft und Russland, die im Wesentlichen den gesamten Handel zwischen ihnen umfasst, sowie für die Niederlassungsfreiheit von Gesellschaften, für den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr und für den Kapitalverkehr zu schaffen. (28.11.1997)

2001

Aus dem Joint Statement des Russland-EU Gipfels 2001:

„Wir haben vereinbart, im Rahmen des PKA eine gemeinsame Gruppe hoher Vertreter einzusetzen, die die Konzeption eines gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraums erarbeiten soll.“ (17.05.2001)

Prodi, Romano (EU-Kommissionspräsident):

„Der gemeinsame Europäische Wirtschaftsraum ist eine bedeutende Initiative, von der die EU und Russland profitieren werden.“ (18.05.2001)

2002

Patten, Chris (EU-Kommissar):

„Wir haben begonnen, mit Russland die Schaffung eines gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraumes zu erörtern. Dieser würde es uns erlauben, leichter miteinander Handel zu treiben und zu investieren. Daher ist es ein strategischer Imperativ, unsere Beziehungen zu Russland zu stärken. Anfängliche Zweifel hierfür wurden bereits aus dem Weg geräumt.“ (04.04.2002)

2006

Stoiber, Edmund (Ministerpräsident Bayern, Vorsitzender der CSU) :

„Die EU und Russland sollten besondere Beziehungen zueinander pflegen; der Vorschlag, Zölle und andere Handelshemmnisse abzubauen, muss ernsthaft geprüft werden.“ (11.10.2006)

2008

Medwedew, Dmitri (Präsident Russland):

„Der Vorschlag, einen gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum zu schaffen ist vorausschauend: Er würde es uns erleichtern, die Stabilität unserer Wirtschaft zu gewährleisten und zusätzlich ein wirklich neues Klima für unsere Beziehungen bedeuten.“ (08.10.2008)

2010

Sarkozy, Nicolas (Präsident Frankreich):

„Aus meiner Sicht sollte es unsere Vision sein, in 10-15 Jahren einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zwischen der EU und Russland zu bilden, die Visapflicht abzuschaffen sowie über ein gemeinsames Sicherheitskonzept zu verfügen.“ (19.10.2010)

Putin, Wladimir (Ministerpräsident Russland):

„Das Ziel ist die Gestaltung einer harmonischen Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok. In Zukunft kämen eventuell auch eine Freihandelszone, gar noch fortgeschrittenere wirtschaftliche Integrationsformen in Frage.“ (25.11.2010)

Schröder, Gerhard (Bundeskanzler a.D.):

„Wir brauchen eine EU-Assoziierung Russlands mit einer Freihandelszone, gemeinsamen Infrastrukturprojekten, Visafreiheit und einer sicherheitspolitischen Kooperation.“ (25.11.2010)

Mangold, Klaus (Vorsitzender des Ost-Ausschusses):

„Putins Vorstoß für eine engere Partnerschaft mit der EU und einen gemeinsamen Markt zwischen Lissabon und Wladiwostok wird von der deutschen Wirtschaft mit Nachdruck unterstützt.“

„Russland muss ein integraler Bestandteil eines zukünftigen europäischen Wirtschaftsraums werden, sonst werden wir Europäer im globalen Wettbewerb abgehängt.“ (26.11.2010)

2011

Cordes, Eckhard (Vorsitzender des Ost-Ausschusses):

„Der Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation WTO ist eine erfreuliche Perspektive für die Weltwirtschaft und ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Wirtschaftsraum.“ (15.12.2011)

2012

Barroso, Jose Manuel (EU-Kommissionspräsident):

„Im vergangenen Jahr haben wir unseren Standpunkt zur Herstellung einer Freihandelszone zwischen Lissabon und Wladiwostok dargelegt, wir teilen diese Position... Ein visumfreier Raum und visumfreie Reisen zwischen Russland und der EU sind unser gemeinsames Ziel, und wir haben dabei bestimmte Erfolge erzielt.“ (04.06.2012)

2014

Ashton, Catherine (EU-Außenbeauftragte):

„Die EU und Russland haben die gemeinsame Vision der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes vom Atlantik bis zum Pazifik. Angesichts der wachsenden globalen Konkurrenz würde dieser die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Beziehungen untereinander verstärken.“ (19.02.2014)

Uljukajew, Alexej (Wirtschaftsminister Russland):

„Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok ist eine ernst zu nehmende Perspektive.“ (22.02.2014)

Christenko, Viktor (Vorsitzender der Eurasischen Wirtschaftskommission):

"Wir brauchen eine strategische, groß angelegte Idee... sich über Verhandlungen zu einer gemeinsamen Freihandelszone, und einem engen Netzwerk von bilateralen Dialogsystemen weiter einem derartigen "riesigen Projekt" zu nähern." (10.04.2014)

Steinmeier, Frank-Walter (Bundesaußenminister):

"Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok bleibt das richtige Ziel. Das Ziel ist in den letzten Wochen in weitere Ferne gerückt, als uns allen lieb ist. Aber ich bin überzeugt davon, dass auch in Russland viele diesen Weg weiterhin für den richtigen halten." (10.04.2014)

Prof. Sinn, Hans-Werner (Leiter Ifo-Institut München):

„Der Einschluss Russlands in ein Freihandelsabkommen könnte sich für alle Beteiligten als wahre Goldgrube erweisen. Der Freihandel mit einem Land, dessen Spezialisierung auf Rohstoffe komplementär zur Industrie-Spezialisierung Westeuropas liegt, verspricht besonders große Handelsgewinne – viel größere jedenfalls als der Freihandel zwischen ähnlichen Volkswirtschaften.“ (12.04.2014)

Lawrow, Sergej (Außenminister Russland):

„Wir rufen die Europäische Kommission auf, die Arbeit zur Bildung eines zukünftigen einheitlichen Wirtschafts- und humanitären Raums vom Atlantik bis zum Pazifik aufzunehmen und sich dabei auf die Prinzipien der Unteilbarkeit der Sicherheit zu stützen, einschließlich einer möglichst baldigen Aufnahme von Verhandlungen über die Bildung einer Freihandelszone zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion und der Europäischen Union.“ (18.11.2014)

Genscher, Hans-Dietrich (Bundesaußenminister a.D.):

„Eine europäische Freihandelszone, die Russland einschließt, gibt es nicht, obwohl sie von Putin in seiner mit Standing Ovations bedachten Rede vor dem Deutschen Bundestag positiv bewertet worden war. Warum schaffen wir nicht einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, der die Europäische Union und Russland einschließt?“ (20.11.2014)

Merkel, Angela (Bundeskanzlerin):

„Die Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, mit Georgien, mit Moldawien sind nicht gegen Russland gerichtet, sondern es geht um eine engere Verknüpfung der Wirtschaftsräume. Und da sollte Russland nicht ausgenommen sein.“ (13.12.2014)

2015**Deklaration von Angela Merkel (Deutsche Bundeskanzlerin), Francois Hollande (Präsident Frankreich), Petro Poroschenko (Präsident Ukraine), Wladimir Putin (Präsident Russland) zur Unterstützung des Maßnahmenpaketes zur Umsetzung des Minsk-Abkommens:**

„Die Staatsechefs halten fest an der Vision eines gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raumes vom Atlantik zum Pazifik basierend auf der vollen Respektierung des internationalen Rechts und der Prinzipien der OSZE.“ (12. Februar 2015)

Lawrow, Sergej (Außenminister Russland):

„Aus den dramatischen Ereignissen in der Ukraine müssen wir die richtigen Schlussfolgerungen ziehen und die Arbeit an der Schaffung eines gemeinsamen wirtschaftlichen und humanitären Raums von Lissabon bis Wladiwostok aufnehmen, der auf den Grundsätzen einer für alle gleichen und unteilbaren Sicherheit sowie einer breiten Zusammenarbeit basieren muss. Im Rahmen dieses großen Projekts kann die nachhaltige Entwicklung ausnahmslos aller Staaten unseres gemeinsamen Kontinents gewährleistet werden. Wir gehen konsequent davon aus, dass die wichtigste Komponente auf dem Weg

dorthin eine schrittweise Harmonisierung der Prozesse der europäischen und eurasischen Integration ist.“ (27.10.2015)

Juncker, Jean-Claude (Vorsitzender der Europäischen Kommission) in einem persönlichen Brief an Wladimir Putin:

„Ich war immer der Auffassung, dass die Idee eines integrierten Handels, der Lissabon und Wladiwostok umfasst, ein wichtiges und lohnendes Ziel ist. Handel fördert nicht nur Wachstum, sondern schafft auch Verbindungen zwischen Unternehmen und Bürgern, die den Austausch gemeinsamer Interessen fördern. Deswegen werde ich meine Behörde bitten, Alternativen aufzuzeigen, die eine Annäherung zwischen der Europäischen Union und der Eurasischen Wirtschaftsunion ermöglichen würden.“ (16.11.2015).

Orbán, Viktor (Premierminister Ungarn):

„Ich denke, wir brauchen eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok, was bedeuten würde, dass die Europäische Union eine Strategie hat, in der Russland ein gebührender Platz zukommt.“ (23.11.2015)

Medwedew, Dmitri (Premierminister Russland):

„Natürlich ist unsere Priorität die Eurasische Wirtschaftsunion, aber wir beginnen auch damit, aktiv mit China im Rahmen des Wirtschaftsgürtels der Neuen Seidenstraße zu kooperieren, ohne dabei die Idee eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok aufzugeben. Wir glauben, dass beide Projekte harmonisch weiterentwickelt werden können.“ (13.12.2015)

Idrissow, Erlan (Außenminister Kasachstan):

„Kasachstan setzt sich für eine transkontinentale Zusammenarbeit ein und beabsichtigt, die Zusammenarbeit mit der EU nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch auf dem Gebiet der Sicherheit und der Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität voranzutreiben. Auf lange Sicht hofft Kasachstan auf eine Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Eurasischen Wirtschaftsunion, die zur Schaffung einer Freihandelszone im Format „von Lissabon bis Wladiwostok“ führt.“ (21.12.2015)

Ushatskas, Vygaudas (Botschafter der EU in Russland):

„Wenn wir anstatt unsere gegenseitigen Fehler aufrichtig einzugestehen und die Gründe für unseren derzeitigen Konflikt ehrlich zu erörtern lieber sagen: „Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Lasst uns die Seite endlich umblättern und uns den großen Projekten von Lissabon bis Wladiwostok zuwenden“, dann möchte ich – bei all meinem Respekt für solche Projekte – daran erinnern, dass der Weg von Wladiwostok nach Lissabon über den Dnjepr führt. Deshalb brauchen wir Frieden, gegenseitiges Verständnis und gegenseitige Anerkennung. Nur so können wir auf den Pfad der Umsetzung dieser langfristigen Idee zurückkehren, die sowohl aus wirtschaftlicher Sicht als auch unter dem Gesichtspunkt der Beziehungen zwischen unseren Gesellschaften sehr attraktiv ist.“ (24.12.2015)

2016

Lawrow, Sergej (Außenminister Russland):

„Wir glauben nach wie vor, dass der beste Weg zur Wahrung der Interessen der auf dem europäischen Kontinent lebenden Völker die Schaffung eines gemeinsamen wirtschaftlichen und humanitären Raums vom Atlantik bis zum Pazifik wäre. Der erst kürzlich gegründeten Eurasischen Wirtschaftsunion würde dabei die Rolle eines Bindegliedes zwischen Europa und dem asiatisch-pazifischen Raum zukommen.“ (6.03.2016)

Büchle, Wolfgang (Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft):

„Das Ziel des gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Lissabon bis Wladiwostok ist mit der Ukraine-Krise noch dringlicher geworden. Andernfalls wird es zunehmende Spannungen geben“ (19.04.2016)

Putin, Wladimir (Präsident Russland):

„Russland und die Europäische Union stehen jetzt an einem Scheideweg und müssen sich mit der Frage auseinandersetzen, wie wir unsere gegenseitigen Beziehungen in Zukunft gestalten und welche Richtung wir dabei einschlagen wollen. Ich bin davon überzeugt, dass wir aus den Ereignissen in der Ukraine die richtigen Schlussfolgerungen ziehen und damit beginnen müssen, auf dem riesigen Territorium zwischen dem Atlantischen und dem Pazifischen Ozean einen Raum der wirtschaftlichen und humanitären Zusammenarbeit zu schaffen. Dieser muss auf dem Grundsatz einer für alle gleichen und unteilbaren Sicherheit basieren. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre die Harmonisierung der europäischen und eurasischen Integrationsprozesse.“ (26.05.2016)

Sargsyan, Tigran (Vorsitzender der Eurasischen Wirtschaftskommission):

„Wir sind bereit und Willens mit der Europäischen Union zu kooperieren, denn unser Interesse ist groß und wir wären froh Kontakt auf jeder Ebene aufzubauen.wir müssen mit allen Partnern Brücken und keine Mauern bauen, einschließlich der Europäischen Union.“ (16. 06. 2016)

Beschluss Nr. 4/16, Stärkung von guter Regierungsführung und Förderung der Konnektivität, des OSZE-Ministerrates in Hamburg, 9. Dezember 2016, Punkt 7:

„Der Ministerrat... anerkennt, dass Konnektivität durch die Erleichterung des Verkehrs und des Handels, auch durch Maßnahmen auf verschiedenen Regierungsebenen, die Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich zum Vorteil aller Beteiligten verstärken und zu gutnachbarlichen Beziehungen, zu Vertrauensbildung und Zuversicht im OSZE-Raum beitragen kann;“ (09.12.2016)

4. Daten zur Eurasischen Wirtschaftsunion

2015

	BPI/\$	Bevölkerung	Fläche	Industrie- produktion/\$	Agrar- produktion /\$	Außenhandel/\$	Außenhandel mit der EU/\$
EAWU	1635,56 Mrd.	182,7 Mio.	20,2 Mio. km ²	954,16 Mrd.	111,3 Mrd.	655,16 Mrd.	258,23 Mrd.
Armenien	10,53 Mrd.	3,017 Mio.	29,7 Tsd. km ²	2,73 Mrd.	2,06 Mrd.	4,72 Mrd.	1,06 Mrd.
Weißrussland	46,51 Mrd.	9,5 Mio.	207,6 Tsd. km ²	39,49 Mrd.	7,24 Mrd.	56,95 Mrd.	9,99 Mrd.
Kasachstan	184,39 Mrd.	17,4 Mio.	2,7 Mio. km ²	46,82 Mrd.	10,37 Mrd.	61,29 Mrd.	23,79 Mrd.
Kirgisistan	6,13 Mrd.	5,9 Mio.	199,9 Tsd. km ²	2,62 Mrd.	2,84 Mrd.	5,51 Mrd.	0,53 Mrd.
Russische Föderation	1388 Mrd.	146,3 Mio.	17,1 Mio.	862,5 Mrd.	88,79 Mrd.	526,69 Mrd.	222,86 Mrd.

Ost-Ausschuss; Quellen: <http://www.eaeunion.org>; <http://ec.europa.eu>

Schlüsselindustrien

Armenien:

Beschaffung und Verarbeitung von Baustoffen, Nichteisen Industrie, Wein und Kognakproduktion. Metallschneidemaschinen, Formteile, Präzisionsinstrumente, synthetisches Gummi, Reifen, Kunststoff, Chemiefasern, Mineraldünger, Elektromotoren, Werkzeuge, Mikroelektronik, Schmuck, Seidenstoffe, Strickwaren.

Weißrussland:

Metallurgie, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Chemie- und Petrochemie, Licht- und Lebensmittelindustrie.

Kasachstan:

Eisen- und Nichteisenmetallurgie, Chemische Industrie, Maschinenbau, Licht- und Lebensmittelindustrie sowie Erdölraffinerie und -herstellung von Baustoffen.

Kirgisistan:

Landwirtschaft, Wasserkraft, Nichteisenmetallurgie, Metallbergbau, Maschinen- und Apparatebau, Licht- und Lebensmittelindustrie.

Russische Föderation:

Erdöl- und Erdgasgewinnung, Verarbeitung von Edelsteinen und Metallen, Flugzeugbau, Raumfahrzeugproduktion, Nuklearindustrie, Herstellung von Waffen und militärischer Ausrüstung, Elektrotechnik, Papierstoffindustrie, Automobilindustrie, Transport, Licht- und Lebensmittelindustrie

Herausgeber:

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ist seit 1952 als gemeinsames Organ von fünf Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zentraler Ansprechpartner deutscher Unternehmen für die Märkte Russland, Belarus, Ukraine, Zentralasien, Süd-Kaukasus und Südosteuropa. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Aktuelle Statistiken, Positionspapiere und viele weitere Informationen zu den deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit den 21 Ost-Ausschuss-Ländern finden Sie auf der Internet-Seite des Ost-Ausschusses unter **www.ost-ausschuss.de/l-nder**

Newsletter: Der Ost-Ausschuss bietet einen kostenlosen monatlichen Newsletter an, den Sie über die Internetseite www.ost-ausschuss.de abonnieren können.

Folgen Sie uns auch auf Twitter: **@OstAusschuss**.